

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
(22. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Gloser, Hans-Werner Bertl, Hans Büttner (Ingolstadt), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Christian Sterzing, Ulrike Höfken, Claudia Roth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 14/4886 –**

**Flankierung der Erweiterung der Europäischen Union als innenpolitische Aufgabe**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Hofbauer, Peter Hintze, Peter Altmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 14/4643 –**

**Die deutschen Grenzregionen auf die EU-Erweiterung durch einen Grenz-  
gürtel-Aktionsplan vorbereiten**

### **A. Problem**

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat in ihrem Strategiepapier zur Erweiterung (Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt) vom 8. November 2000 darauf hingewiesen, dass ein Erweiterungsprojekt der Größenordnung, wie es mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten angestrebt wird, eine auf mehrere Jahre angelegte Kommunikationsstrategie erfordere, „um die Bürger in der EU und in den beitragswilligen Ländern fortlaufend zu informieren, sie in diesen Prozess einzubeziehen und letztendlich ihre Unterstützung dafür zu gewinnen. Dies geht weit über das Recht der betroffenen Menschen hinaus, korrekt darüber informiert zu werden, was die Erweiterung für sie bedeutet. Es ist die demokratische Legitimierung des Prozesses selbst.“ Die Kommission sieht es als erforderlich an, einen umfassenden Dialog einzuleiten, um den Menschen die Risiken und die positiven Auswirkungen deutlich zu machen und ihnen zu vermitteln, dass ihre Bedenken ernst genommen werden. Eine wirksame Kommunikationsstrategie könne sich nicht darauf beschränken, die objektiven politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung hervorzuheben, sondern müsse vielmehr darauf ausgerichtet sein, in einem interaktiven Prozess die Sorgen und Ängste der

Menschen abzubauen. Insbesondere müsse den Menschen in den Regionen, die an die Bewerberländer angrenzen, Sicherheit vermittelt und deutlich gemacht werden, dass die Erweiterung Vorteile bringen wird. Die Maßnahmen der Kommission werden dabei nur als ein Mittel angesehen, das durch Maßnahmen der Länder selbst ergänzt werden muss. Voraussetzung hierfür sei die fortlaufende enge Koordinierung mit allen Maßnahmen der Regierungen, Parlamente und gesellschaftlichen Gruppen im weitesten Sinne.

Die Staats- und Regierungschefs haben es beim Europäischen Rat Nizza vom 7. bis 9. Dezember 2000 als erforderlich angesehen, dass es nunmehr an der Zeit sei, dem Erweiterungsprozess neuen Schwung zu verleihen. Sie haben den „Fahrplan“ für die kommenden 18 Monate akzeptiert, der den Fortgang der Verhandlungen erleichtern wird. Der Europäische Rat hat die Kommission ausdrücklich ersucht, für die Grenzregionen ein Programm zur Festigung ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit vorzuschlagen.

Die schwedische Ratspräsidentschaft hat die Erweiterung als einen ihrer Schwerpunkte bezeichnet, der höchste Priorität genieße und hat ihren Willen geäußert, einen politischen Durchbruch bei den Beitrittsverhandlungen zu erzielen. Sie hat dabei darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass die Erweiterung breite Unterstützung in der Union erhalte.

Mit beiden vorliegenden Anträgen wird auf diese Themen eingegangen.

## **B. Lösung**

1. Annahme des Antrags der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Flankierung der Erweiterung der Europäischen Union als innenpolitische Aufgabe (Bundestagsdrucksache 14/4886).

**Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und der PDS.**

2. Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU Die deutschen Grenzregionen auf die EU-Erweiterung durch einen Grenzgürtel-Aktionsplan vorbereiten (Bundestagsdrucksache 14/4643).

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS.**

## **C. Alternativen**

Keine

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4886 – anzunehmen,
2. den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4643 – abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2001

### Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

**Dr. Friedbert Pflüger**  
Vorsitzender

**Winfried Mante**  
Berichterstatter

**Markus Meckel**  
Berichterstatter

**Peter Hintze**  
Berichterstatter

**Michael Stübgen**  
Berichterstatter

**Klaus Hofbauer**  
Berichterstatter

**Christian Sterzing**  
Berichterstatter

**Dr. Helmut Haussmann**  
Berichterstatter

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
Berichterstatterin

**Manfred Müller (Berlin)**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Winfried Mante, Markus Meckel, Peter Hintze, Michael Stübgen, Klaus Hofbauer, Christian Sterzing, Dr. Helmut Haussmann, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Manfred Müller (Berlin)**

### **1. Beratungsverfahren**

Der Antrag der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4886 – wurde in der 140. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Dezember 2000 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Ausschuss für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und Ausschuss für Tourismus überwiesen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4643 – wurde in der 140. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Dezember 2000 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Ausschuss für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, Ausschuss für Tourismus und Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung überwiesen.

Mitberatungsvoten:

Der Antrag der Fraktion der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4886 – wurde in der 52. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder am 17. Januar 2001 sowie am 7. März 2001 in der 89. Sitzung des Finanzausschusses, in der 48. Sitzung des Wirtschaftsausschusses, in der 83. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung und in der 53. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen angenommen. Der Ausschuss für Tourismus hat in seiner 54. Sitzung am 14. Februar 2001 auf die Beratung verzichtet.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4643 – wurde in der 52. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder am 17. Januar 2001 sowie am 7. März 2001 in der 89. Sitzung des Finanzausschusses, in der 48. Sitzung des Wirtschaftsausschusses, in der 83. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung und in der 53. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen abgelehnt. Der Ausschuss für Tourismus hat in seiner 54. Sitzung am 14. Februar 2001 auf die Beratung verzichtet.

### **2. Gegenstand der Anträge**

a) Im Antrag der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die europäische Integration als das wichtigste und erfolgreichste politische Projekt in der jüngsten Geschichte unseres Kontinents angesehen. Nach der Vollendung des europäischen Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion gelte es nunmehr, mit der Erweiterung ein weiteres historisches Projekt zu bewältigen. Zur Erweiterung gebe es keine politische Alternative, denn nur sie garantiere Europa langfristig Frieden, Demokratie und Stabilität. Zugleich

sei sie das wirksamste Instrument, um Osteuropa an das Wohlstandsniveau Westeuropas heranzuführen. Politisch und gesamtwirtschaftlich sei die Erweiterung nicht nur für die Beitrittskandidaten, sondern auch für die heutigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein Gewinn. Sie stärke den Frieden in Europa und festige das partnerschaftliche Miteinander. Sie mache die Europäische Union zum weltweit größten Binnenmarkt und stärke ihre globale Wettbewerbsfähigkeit. Den unbestreitbaren Vorteilen der Erweiterung stehe die Skepsis in der Bevölkerung vieler EU-Mitgliedstaaten gegenüber. In den nächsten Jahren komme es deshalb darauf an, die innenpolitischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erweiterung aktiv aufzugreifen, um die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu diesem historischen Projekt zu stärken. Die innenpolitische Flankierung der Erweiterung sei eine große Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die am ehesten erfolgreich bewältigt werden könne, wenn alle Beteiligten im parteiübergreifenden Konsens aktiv dazu beitragen, die Akzeptanz der Erweiterung zu erhöhen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Strategie zur innenpolitischen Flankierung der Erweiterung ihre Anstrengungen zur Information der Bevölkerung über die Chancen und Herausforderungen der Erweiterung weiter zu verstärken und sich weiterhin aktiv in den Dialog mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen über die Erweiterung einzubringen. Die Bundesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob und ggf. inwieweit der Einsatz der bewährten strukturpolitischen Instrumente verstärkt werden kann, insbesondere durch eine Bündelung und Verzahnung der verschiedenen Instrumente sowie den gezielten Einsatz moderner Instrumente zur Förderung der Regionalentwicklung, wie z. B. Regionalmanagement oder Regionalkonferenzen. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert zu klären, inwieweit spezifische Probleme auf den regionalen Arbeitsmärkten eine Unterstützung durch die Arbeitsmarktpolitik erfordern und die Erweiterung auch im Bündnis für Arbeit aufzugreifen. Die Bundesregierung wird schließlich gebeten zu klären, wie die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verbessert werden können, sie wird aufgefordert, den Jugendaustausch und den kulturellen Austausch gezielt zu fördern, insbesondere mit unseren Nachbarländern Polen und Tschechien, sie wird gebeten zu prüfen, wie der bereits begonnene Ausbau der Infrastruktur in den Grenzregionen weiter verbessert werden kann, um eine bedarfsgerechte Verkehrsanbindung der Grenzregionen zu gewährleisten und wird schließlich aufgefordert, Konzepte zu entwickeln, die die praktische Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern mit den Beitrittsstaaten auf dem Gebiet der inneren Sicherheit gewährleisten. Die Öffentlichkeitsarbeit ist dahingehend zu verstärken, dass Kriminalitätsängste in der Bevölkerung abgebaut werden.

- b) Im Antrag der Fraktion der CDU/CSU wird die Osterweiterung als die wichtigste und zugleich schwierigste Aufgabe der Europäischen Union angesehen. Durch die Erweiterung der EU ließen sich Rechtsstaat, Demokratie und soziale Marktwirtschaft auch in Mittel- und Osteuropa dauerhaft verankern. Es liege im gesamten europäischen Interesse, das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West wesentlich zu verringern. Die großen politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung für Europa überwögen deutlich die Risiken, was auch für die Grenzregionen gelte. Diese seien von der Osterweiterung naturgemäß besonders betroffen. Manche Probleme, aber auch viele der Vorteile, würden dort früher oder stärker als in der übrigen EU auftreten. Dabei sei festzustellen, dass die bevorstehende Erweiterung für die heute auftretenden Probleme nicht ursächlich sei, sondern sie durch Angleichung der Wettbewerbsbedingungen zur Lösung der Probleme beitragen würde.

Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, parallel zu den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen einen Grenzgürtel-Aktionsplan aufzustellen, der Maßnahmen vorsieht, um den Anpassungsbedarf im Zusammenhang mit dem Beitritt abzufedern und die Grenzregionen durch ein Maßnahmenpaket aktiv auf den Beitritt vorzubereiten. Diese Maßnahmen müssten sowohl wirtschafts-, arbeitsmarkt- und strukturpolitische als auch soziokulturelle Aspekte umfassen. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, in Brüssel die Verabschiedung eines EU-Förderprogramms für die deutschen Grenzregionen entlang der bisherigen Außengrenzen der EU zu erreichen, nach dem Vorbild des EU-Sonderprogramms für Italien und Frankreich im Rahmen des Integrierten Mittelmeerprogramms aus Anlass des Beitritts süd- und südosteuropäischer Länder zur EU. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, für eine konsequente und vor allem zeitgerechte Umsetzung der Leitlinien für die transeuropäischen Netze zu sorgen und die überregionalen Straßen- und Schienenverbindungen in den Regionen an den bisherigen Außengrenzen der EU (Verkehrsprjekt der EU-Osterweiterung) den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit gleich zu stellen. Besondere Bedeutung komme dabei der raschen Verwirklichung der Ost-West-Verbindungen zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unter Beibehaltung der Kriterien für europäische Zielgebiete und bei Anerkennung des fortbestehenden Förderungsbedarfs für diese Zielgebiete das Förderinstrument der Gemeinschaftsaufgabe als bewährtes Mittel der Strukturförderung nicht nur beizubehalten, sondern im Hinblick auf mögliche regionale Risiken der EU-Osterweiterung zu stärken und – nach Absprache mit den Ländern – mit einem jährlich ansteigenden Mitteleinsatz auszustatten. Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, eine Initiative im Ministerrat zu ergreifen mit dem Ziel, einen hinreichenden Handlungsspielraum für die Mitgliedstaaten bei der konkreten Umsetzung der EU-Strukturförderung zu gewähren. Die Bundesregierung müsse insbesondere darauf hinwirken, dass die Regionen einen größeren Ermessensspielraum in der Beihilfepolitik erhalten. Schließlich wird die Bundesregierung in dem Antrag aufgefordert, bis zur Konferenz zur Überprüfung des finanziellen Rahmens der EU im Jahr 2003 Strategien zu entwickeln, wie nach dem Auslaufen des jetzigen För-

derzeitraums in der EU im Jahr 2006 für die Strukturpolitik die positiven Ansätze der EU und der nationalen Fördermaßnahmen weitergeführt werden können.

### **3. Beratungsverfahren – federführender Ausschuss**

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat sich kontinuierlich mit dem Stand der Beitrittsverhandlungen befasst. Mit der Osterweiterung verbundene Fragen haben darüber hinaus in der regelmäßigen Befassung des Europaausschusses mit der Regierungskonferenz zu den institutionellen Reformen eine große Rolle gespielt.

In einer gemeinsamen Anhörung mit dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat sich der Europaausschuss in seiner 59. Sitzung am 17. Januar 2001 mit dem Thema der „Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die gemeinsame Agrarpolitik und die Regionen“ befasst. An dieser Anhörung haben folgende Sachverständige mitgewirkt: Prof. Dr. Hast (BVE Bonn), Dr. Born (DBV Bonn), Herr Spahn (IG Bau Frankfurt/Main), Prof. Dr. Froberg (AMO Halle), Herr Hetzner (MIV Bonn), Prof. Dr. Dieter Dräger (Institut für Ausländische Landwirtschaft Berlin), Prof. Dr. Folkhard Isermeyer (FAL Braunschweig), Dr. Martin Banse (Institut für Agrarökonomie, Universität Göttingen), MR Dr. Friedemann Tetsch (BMW), Dr. Lothar Blatt (Arbeitsgemeinschaft Peripherer Regionen Deutschlands).

In seiner 60. Sitzung am 24. Januar 2001 hat sich der Ausschuss durch Staatsminister Dr. Christoph Zöpel (Auswärtiges Amt) und dem stellvertretenden Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Herrn MD Peter Ruhenstroth-Bauer, über die Kommunikationsstrategie zur EU-Erweiterung unterrichten lassen.

Der Ausschuss hat darüber hinaus in seiner 62. Sitzung am 14. Februar 2001 ein Hearing zu dem Thema „Wirtschaftliche Chancen und Herausforderungen der EU-Erweiterung“ mit folgenden Sachverständigen durchgeführt: Frau Karin Alleweldt, Abt. für internationale und europäische Gewerbepolitik beim DGB-Bundesvorstand, Herr Prof. Dr. Kurt Schelter, Minister der Justiz und für Bundesangelegenheiten des Landes Brandenburg, Herr Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Herr Dr. Wolfgang Quaisser, Fachreferent des Osteuropainstituts München, Herr John Hontelez, Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros in Brüssel und Herr Dr. Herbert Brücker vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Darüber hinaus hatte der Ausschuss in der Vergangenheit in seiner Sitzung am 27. Oktober 1999 ein Fachgespräch mit Vertretern internationaler und europäischer Finanzinstitutionen und am 1. Dezember 1999 ein Fachgespräch mit allen Botschaftern der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidatenländer sowie Maltas und Zyperns durchgeführt, um Information über die finanzielle Unterstützung der Beitrittsbewerber und deren Selbsteinschätzung zu erhalten.

Seit dem 8. Februar 2001 hat der Ausschuss das Verfahren installiert, dass die Obleute und zuständigen Berichtersteller vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Christoph Zöpel, regelmäßig – in monatlichen Abständen – über den Stand der Beitrittsverhandlungen unterrichtet werden.

Vor diesem Hintergrund wurde seitens der SPD-Fraktion in den Beratungen darauf verwiesen, dass es beim Prozess der Osterweiterung grundsätzlich keinen Grund zu Skeptizismus und Pessimismus gäbe. Es komme darauf an, aus dem Bekenntnis zur Erweiterung der EU die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und plausible Konzepte und Strategien zu entwickeln. Die Bundesregierung habe beispielsweise schon dafür gesorgt, dass mehr Mittel aus den EU-Strukturfonds für Ziel-1-Gebiete und Ziel-2-Gebiete, die Grenzregionen, sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern bereitgestellt würden. Bereits am 28. Juni 2000 habe die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier für eine Strategie zur Flankierung der Osterweiterung veröffentlicht. Insbesondere in den grenznahen Regionen von Mecklenburg-Vorpommern bis Bayern verstärke sich mit dem heranrückenden Beitritt von Polen und Tschechien naturgemäß die Diskussion über die Chancen und Probleme der Erweiterung. Bei der Suche nach der richtigen Strategie zur Flankierung des Erweiterungsprozesses seien aber Sachlichkeit und Nüchternheit gefragt. Nach Auffassung der SPD-Fraktion gelinge die Abfederung des Anpassungsdruckes dann am besten, wenn sich die Verhältnisse beiderseits der jetzt noch bestehenden EU-Außengrenze in der Vor-Beitrittsphase auf einem hohen Niveau weitgehend angleichen ließen. Deswegen sei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit beispielsweise in den Euroregionen Neisse, Pro-Europa-Viadrina und Egrensis von ganz zentraler Bedeutung. Schon seit Jahren würden Kontakte und Initiativen durch gemeinsame Wirtschaftsfördergesellschaften, Kammerzusammenschlüsse wie die unter dem Namen Elbe-Oder, kommunale Partnerschaften sowie grenzüberschreitende Projekte im kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich bestehen. Natürlich gebe es Konflikte und offene Fragen etwa im Bereich des Arbeitsmarktes, im Bau- und Transportbereich, bei der Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittelständischen Betriebe des Handwerks und des Dienstleistungsgewerbes sowie im Bereich der organisierten Kriminalität und bei der Sicherung der Grenzen sowie Defizite im Bereich der grenzüberschreitenden Infrastruktur. Es gebe andererseits aber bereits eine Vielzahl von Programmen, Projekten und Initiativen, um den Anpassungsdruck abzubauen. Die Herausforderungen könnten nur gemeinsam in Zusammenarbeit zwischen EU, Bund und Ländern und den betroffenen Regionen gemeistert werden. Das bedeute aber auch, dass die vorhandenen Handlungsspielräume auf jeder Ebene bis hin zu den Regionen eigenständig ausgeschöpft werden müssten. Alle diese Maßnahmen müssten in eine dringend erforderliche und umfassende Informations- und Kommunikationsstrategie eingebunden werden, weil es richtig sei, die Bürger in einen sachlichen Dialog über die Chancen und Risiken der Erweiterung umfassend einzubeziehen.

Seitens der Fraktion der CDU/CSU wurde hervorgehoben, dass die Osterweiterung in den nächsten Jahren die wichtigste und zugleich schwierigste Aufgabe der Europäischen Union sein werde. Der Bundesrepublik Deutschland komme dabei eine vorrangige Verantwortung zu, da Deutschland mit den Beitrittsländern Polen und Tschechien eine gemeinsame Grenze habe. Richtig sei, dass die Grenzregionen beiderseits dieser Grenze eine Klammerfunktion für die Osterweiterung übernehmen könnten. Dabei seien aber einige wesentliche Fragen noch offen, die den Menschen Sorgen

bereiten würden. So bliebe bezüglich der Arbeitnehmerfreizügigkeit die Billiglohnsituation auch nach dem Beitritt dieser Länder bestehen. Es gebe Probleme im Bereich des Mittelstands, des Handwerks, der Landwirtschaft, im Dienstleistungsbereich, im Umweltschutzbereich und bei der inneren Sicherheit. Trotz dieser Probleme gehe es darum, die Chancen der Osterweiterung verständlich herauszuarbeiten und den Menschen konkret zu vermitteln. Darüber hinaus müssten die Sorgen der Menschen offen und ohne Vorbehalte aufgenommen und in die politischen Entscheidungsprozesse eingebracht werden. Schließlich müssten die bereits jetzt vorhandenen grenzüberschreitenden Projekte gestärkt werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte zunächst, dass gerade die vor dem Beitritt stehenden Länder einen ganz schwierigen Transformationsprozess durchlaufen würden, der ihnen enorme Lasten abverlange. Die EU unterstütze diesen Struktur Anpassungsprozess mit erheblichen Mitteln. Diese finanzielle Unterstützung bedeute für uns kein Opfer, sondern sei historische Pflicht und Investition in die Zukunft zugleich. Der Erweiterungsprozess führe zu einem gewaltigen Strukturwandel nicht nur in den Beitrittsländern, sondern auch in den Mitgliedsländern der EU. Schon jetzt habe sich beispielsweise der Handel mit den mittel- und osteuropäischen Ländern erheblich gewandelt. Man könne sagen, dass von der Erweiterung wirtschaftlich gerade Deutschland profitieren würde. Der Erweiterungsprozess würde schon heute entgegen vielen Vorurteilen und Befürchtungen keinen Verlust an Arbeitsplätzen bedeuten, sondern im Gegenteil Arbeitsplätze bei uns sichern. Insofern bringe die Erweiterung nicht nur mittel- und langfristig, sondern schon heute erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Große Chancen biete dieser Prozess gerade auch den Grenzregionen, die von ihrer bisherigen Randlage nun in eine Mittellage rücken würden. Dies eröffne neue wirtschaftliche, politische und kulturelle Chancen. Im Zuge der Wiedervereinigung sei in den letzten Jahren bereits Erhebliches in die Infrastruktur der Grenzregionen investiert worden. Der Veränderungsprozess sei also längst im Gange. Natürlich gebe es bei diesem Prozess aber nicht nur Gewinner, sondern auch Menschen, die von dem Strukturwandel in besonderer Weise betroffen seien und unserer Hilfe und Unterstützung bedürften. Dieser Verantwortung müssten sich sowohl die Bundesländer als auch der Bund und die EU stellen. Die regionale Wirtschafts- und Strukturförderung, die eine Reihe von Instrumenten bereithalte, sei primär eine Aufgabe der Bundesländer. Aber auch bezüglich der Gemeinschaftsaufgaben, für die der Bund zuständig sei, verfüge man über ein Instrumentarium, mit dem man seit Jahren regionale Struktur- und Wirtschaftsförderung betreiben und Anpassungsprozesse gestalten würde. Diese Instrumente gelte es in besonderer Weise auf die Bedürfnisse der Regionen zuzuschneiden.

Seitens der F.D.P.-Fraktion wurde vor allem darauf hingewiesen, dass man bei dem Prozess der Osterweiterung nicht den Fehler wiederholen dürfe, der bei der Einführung des Euro erfolgt sei, dass die Bevölkerung nicht ausreichend in den Prozess mit eingebunden werde. Es sei somit dringend erforderlich, eine breite Debatte und Informationskampagne zu führen und die Menschen von den Vorteilen der Erweiterung zu überzeugen. Gerade die Grenzregionen würden in ganz besonderer Weise von der europäischen Erweiterung

profitieren. Allerdings würden in einer Übergangszeit auf die Menschen dort auch erhebliche Probleme zukommen. Vor allem die mittelständische Wirtschaft und die Handwerksbetriebe würden einem verstärkten Konkurrenzdruck ausgesetzt, weswegen diesen Betrieben dabei auch geholfen werden müsse. Aus der Zeit des Beitritts von Spanien und Portugal gebe es etwa mit dem Integrierten Mittelmeerprogramm Erfahrungen, von denen man jetzt lernen könne. Insbesondere gelte es auch die PHARE- und Interreg-Programme von beiden Seiten der Grenze aufeinander abzustimmen. Insofern sei eine enge Zusammenarbeit von Bundesregierung und Landesregierungen erforderlich. Wichtig sei, dass sich die Betroffenen in den entsprechenden Gebieten auch selbst vorbereiten würden. In dieser Hinsicht sei die Initiative der Wirtschaftskammern entlang der Grenze vorbildlich, Zusammenschlüsse von Industrie und Handelskammern aus Deutschland, Polen und der tschechischen Republik zu gestalten.

Die Fraktion der PDS wies darauf hin, dass gerade die heutigen EU-Außengrenzen häufig strukturschwache Regionen seien. Die Osterweiterung der Europäischen Union biete für die Menschen und die Regionen in den heutigen EU-Grenzregionen aber durchaus auch große Chancen. Trotzdem würden viele Menschen gerade auch in den Grenzregionen Skepsis und Angst empfinden. Man trete deshalb dafür ein, dass die, die bayerischen und ostdeutschen Grenzregionen betreffenden, Fragen in einem interregionalen und gesamteuropäischen Zusammenhang diskutiert würden. Es gehe darum, dass alle Grenzregionen, die an mittel- und osteuropäischen Staaten liegen, gemeinsam in ein Aktionsprogramm einge-

führt würden. Mit einem solchen gesamteuropäischen Ansatz würde nicht nur ein Förderprogramm geschaffen, sondern es würden Entwicklungschancen genutzt. Erforderlich sei eine Regionalpolitik, die eine vorwärtstrebende Infrastruktur und Weiterentwicklung ermöglichen solle. Es gehe um die Entwicklung einer Strukturpolitik, die die interregionale Zusammenarbeit zwischen den deutschen oder österreichischen Grenzregionen auf der einen Seite und den slowakischen, tschechischen oder polnischen Grenzregionen auf der anderen Seite fördere, wie beispielsweise die Zusammenarbeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze und die sich dafür einsetze, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Grenzregionen neben den wirtschaftlichen Fragen auch die kulturellen, sportlichen, grenzüberschreitenden, zivilgesellschaftlichen und bildungspolitischen Ansätze erfassen müsse.

Der Antrag der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 14/4886 wird in der 63. Sitzung des Ausschusses am 7. März 2001 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und der PDS angenommen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/4643 wird in der 63. Sitzung des Ausschusses am 7. März 2001 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Berlin, den 7. März 2001

**Winfried Mante**  
Berichterstatter

**Markus Meckel**  
Berichterstatter

**Peter Hintze**  
Berichterstatter

**Michael Stübgen**  
Berichterstatter

**Klaus Hofbauer**  
Berichterstatter

**Christian Sterzing**  
Berichterstatter

**Dr. Helmut Haussmann**  
Berichterstatter

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
Berichterstatterin

**Manfred Müller (Berlin)**  
Berichterstatter

